
Wir sind in den Kapitalismus gestoßen worden

Gespräch mit Betriebsräten der Walzwerk Finow GmbH über Lage und Aussichten ihres Betriebs*

Erwin Brunnert, geb. 1936, Kraftfahrzeugmechaniker, ist Betriebsratsvorsitzender; Birgit Hellenbach, geb. 1948, Bibliothekarin, ist stellvertretende Betriebsratsvorsitzende; Andreas Mroß, geb. 1957, Ingenieur, ist Mitglied des Betriebsrates des Walzwerkes Finow in Eberswalde.

Frage: Wie habt Ihr hier im Walzwerk Finow die Wende konkret erlebt?

Brunnert: Die Wende war auch für uns ein historisches Ereignis, auch wenn der VEB Walzwerk Finow zum Bandstahlkombinat Hermann Matern gehörte, und die heutige Walzwerk Finow GmbH immer noch zu diesem Großunternehmen gehört, das allerdings inzwischen EKO-Stahl AG heißt. Vor der Wende gab es hier über 2000 Beschäftigte, heute sind es weniger als 1600. Das ist vor allem auf den Weggang von ausländischen Arbeitnehmern, auf Vorruhestandsregelungen und Altersübergangsregelungen zurückzuführen. Von den rund 1600 Beschäftigten arbeiten über 1000 kurz, davon fast 500 in „Kurzarbeit Null“. Ein ganzer Teil steckt in Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen; Arbeit ist für rund 700 Beschäftigte da. Dennoch hat es bisher kaum Entlassungen gegeben.

Die wirtschaftliche Lage des Werks ist kompliziert. Wir hegen bei ca. 30 bis 40 Prozent der Aufträge, die wir vor der Wende hatten, als wir ein Produktionsvolumen von 300 000 Tonnen jährlich an Stahlerzeugnissen hatten. Inzwischen ist der Inlandsmarkt bekanntlich problematisch geworden; der Export in die osteuropäischen Länder ist total zum Erliegen gekommen.

Was wurde hier vor der Wende produziert und hat sich daran etwas geändert?

Brunnert: Es gab die Hauptproduktionsbereiche Stahlleichtprofil offene Profile, Stahlleichtprofil geschlossene Profile, Warmbandstraße (die inzwischen geschlossen ist) und Stabstahlstraße (die wahrscheinlich nur noch bis zum Jahresende 1991 zu halten ist). Die Zukunft hängt von der Auftragslage ab, und die ist, wie in allen anderen Unternehmen der neuen Bundesländer, außerordentlich kompliziert. Wir haben uns als damalige BGL-Mitglieder und heute als Betriebsräte in diesen Fragen stets mit der IG Metall beraten. Gewerkschaftsfunktionäre aus den alten Bundesländern haben uns mit der

* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 14. Oktober 1991 in Eberswalde. Am 25. November 1991 haben 2 000 Arbeitnehmer aus Eberswalde von der Treuhandanstalt in Berlin für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstriert. Die seitdem verstärkten Bemühungen der Treuhandanstalt zur Privatisierung des Walzwerkes Finow haben bis Mitte Dezember 1991 noch nicht zu konkreten Ergebnissen geführt.

marktwirtschaftlichen Problematik vertraut gemacht, soweit dies möglich war. Während früher alles über das Bilanzorgan abgewickelt wurde, etwa Verkauf oder Versand, müssen wir uns heute unsere Kunden suchen. Dazu bedarf es zum Beispiel einer Marketingabteilung, gezielter Kundenbetreuung und so weiter. Angesichts der vielen Schwierigkeiten auf dem nationalen und internationalen Stahlmarkt werden unsere Absatzchancen von Tag zu Tag geringer, und wir wissen oft nicht, wie es weitergehen soll.

Seht Ihr denn eine Hoffnung, daß der Standort erhalten bleiben kann?

Früher haben wir viel ins westliche Ausland, auch in die Bundesrepublik, geliefert. Das ist deshalb relativ gut gelungen, weil wir zu Dumping-Preisen verkauft und die Westmark um jeden Preis genommen haben. Wir haben daneben den Inlandsbedarf gedeckt, weil wir alles gefertigt haben - vom Auto bis zum Campingstuhl. Dann hatten wir einen erheblichen Absatz nach Polen, in die Tschechoslowakei, in die Sowjetunion. Die Rohstoffbasis stammte ja wesentlich aus der Sowjetunion, so daß dieser Kreislauf eigentlich funktioniert hat.

Nach der Übernahme der D-Mark müssen wir für Westgeld kaufen und verkaufen. In den alten Bundesländern haben wir weniger Probleme, dort haben wir den Absatz sogar noch ein bißchen steigern können. Das reicht aber nicht aus, um genug Geld zum Überleben zu verdienen. Wir haben deshalb versucht, hier im Osten Betriebe für unsere Produkte zu interessieren. Aber die haben alle riesige Sorgen, die Camping-Industrie ist kaputt, ebenso die Fahrrad-Industrie. Und dort, wo Bedarf besteht, zum Beispiel in der Sowjetunion oder Polen, kann man nicht bezahlen. Selbst Tauschgeschäfte kommen nicht zustande. Wir sind andererseits nicht in der Lage, die Produktion kurzfristig umzustellen, etwa auf Veredelung. Die Anlagen hier sind immer bis an die Grenze der Belastbarkeit gefahren worden. Sie sind nur deshalb einigermaßen in Schuß, weil wir bei der Instandhaltung einen relativ hohen Aufwand betrieben haben. Wir selbst haben Roboter hergestellt, und es wurden in diesem Bereich relativ viele Spezialisten beschäftigt. Diese Leute kann man jetzt nicht ohne weiteres in einem Produktionsbereich einsetzen, der wesentlich vom bisherigen abweicht, sich aber vielleicht marktwirtschaftlich trägt. Wir sind eben in den Kapitalismus gestoßen worden, und das haben wir bis jetzt noch nicht gepackt.

Hellenbach: Ich denke schon, daß der Standort hier für einen Stahlbetrieb gar nicht so ungünstig ist: Wir liegen nahe an Berlin, haben Autobahnanschluß und ein Wasserstraßennetz, das genutzt werden kann. Das dürfte für Investoren nicht uninteressant sein. Außerdem hegen wir am Stadtrand und besitzen noch ein großes Flächengebiet.

Sind das für Investoren oder für Interessenten Kriterien, die durchschlagen? Oder steht das Werk, etwa im europäischen Vergleich, womöglich doch nicht so gut da?

Brunnert: Es gibt seit Anfang 1990 Interessenten aus den alten Bundesländern, renommierte Stahlfirmen. Seit Anfang 1990 gibt es auch Vorgespräche, zum Teil schon sehr konkreter Art in der Treuhandanstalt. Allerdings ist in dieser Sache bis heute noch keine Entscheidung getroffen worden. Die Treuhandanstalt hat generell - so ist es uns jedenfalls gesagt worden - Probleme, die alten, maroden Stahlunternehmen der ehemaligen DDR in Ordnung zu bringen oder zu verkaufen. Es ist ein relativ großes Investitionsvolumen nötig, um diese Firmen auf den neuesten europäischen Standard zu bringen. Das trifft natürlich für uns auch zu: Der Partner, der hier einsteigt, müßte erheblich investieren, und das würde wieder eine kostenintensive Produktion nach sich ziehen. Ohne einen Investor wird es allerdings sehr schwer werden.

Schwingt da die Hoffnung mit, daß es schließlich und endlich doch noch einen Investor geben könnte?

Brunnert: Der Treuhand liegen konkrete Angebote von den Krupp-Stahl AG und von der Thyssen-Stahl AG vor. Zur Zeit ist die Lage so, daß die gesamte EKO-Stahl AG, deren Tochter wir nach wie vor sind, bis Ende Oktober 1991 nochmals innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ausgeschrieben wird. Danach muß zwischen den Gesellschaftern der EKO-Stahl AG, der Treuhand und möglichen Partnern entschieden werden. Ob die EKO-Stahl AG insgesamt von einem Partner oder mehreren Partnern übernommen wird, ob das Walzwerk Finow ausgegliedert wird, ob es zum Beispiel als Einzelunternehmen verkauft wird, das entscheidet nach unserem Wissensstand einzig und allein die Treuhandanstalt zusammen mit der EKO-Stahl AG. Wir stehen mehr oder weniger Gewehr bei Fuß. Uns wird immer wieder versichert, daß die Sache zügig bearbeitet wird. Inzwischen sind 15 Monate ins Land gegangen und jeder Monat Verzögerung bringt uns in größere wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Sind denn Betriebsrat und Gewerkschaft in diesen Prozeß einbezogen?

Brunnert: Der Organisationsgrad in unserem Betrieb liegt bei mehr als 90 Prozent. Betriebsrat, Vertrauensleute und Gewerkschaft arbeiten gut zusammen. Wir haben die Belegschaft immer wieder über den Stand der Verhandlungen informiert. Leider ist es ja, wie gesagt, bisher nur zu Absichtserklärungen gekommen. Die Krupp-Stahl AG hat bereits 1990 in der Belegschaftsversammlung ihr Sanierungskonzept vorgestellt, das auch der Treuhandanstalt vorliegt. Leider sind wir in dieser Frage nicht weiter vorangekommen. Ob die seinerzeitige Absicht, etwa 1250 Arbeitnehmer weiterzubeschäftigen, noch besteht, scheint mir fraglich.

Welche Beschäftigtenzahl haltet Ihr denn auf Dauer für realistisch?

Mroß: Das ist ein Problem. Ich habe schon erwähnt, daß unsere bisherige Betriebsstruktur eine hohe Zahl an Fachleuten voraussetzte. Wenn diese Struktur geändert wird, kämen wir vielleicht sogar mit 500 Leuten aus.

Sind denn bisher schon viele Arbeitnehmer abgewandert?

Mroß: Wir hatten eigentlich nie eine große Abwanderung von Arbeitnehmern.

Hellenbach: Die Menschen hier sind sehr bodenständig. Nicht nur, daß die Landschaft schön ist; in der DDR war es nicht üblich, den Betrieb zu wechseln. Es gibt also in der Firma viele Leute, die hier bereits 30 oder sogar 40 Jahre beschäftigt sind. Da überlegt man sich den Wechsel - nicht nur, weil man Familie hat oder vielleicht ein Häuschen oder eine schöne Wohnung, sondern auch wegen des Kollegenkreises, der hier immer schon eine große Rolle spielte. Für viele war es nicht nur das Geld, worauf es ankam, sondern das Arbeitsklima, das viele gereizt hat. Allerdings, das muß man sagen, sind vor allem junge Leute weggegangen.

Ist das zu beziffern?

Mroß: Der Ausgangspunkt waren etwa 2000 Leute. Im Herbst 1990 sind 90 Mosambikaner weggegangen, dann sind die 57jährigen in den Vorruhestand gegangen. Es bleiben noch ungefähr 1650 Beschäftigte. Dann sind ein paar Beschäftigte ausgegliedert worden, zum Beispiel Reinigungskräfte, aber das waren höchstens 40 Personen.

Sind denn die sozialen Einrichtungen, die zu einem DDR-Betrieb gehörten, erhalten geblieben?

Hellenbach: Sie sind jedenfalls nicht verkauft worden. Ein Ferienobjekt ist noch im Besitz der Firma, zwei andere sind verpachtet worden. Der Kindergarten ist in den kommunalen Bereich übergegangen, existiert aber noch.

Mroß: Wir hatten auch eine sehr große Sporteinrichtung für viele verschiedene Sportarten. Daraus ist ein eingetragener Verein geworden, die Unterstützung des Betriebes ist weg.

Noch einmal zurück zur Treuhand: Sind es objektive Gründe, die die erwähnten Verzögerungen bewirken, oder stecken bestimmte Interessen dahinter?

Mroß: Bis Anfang 1990 wurde vieles mit den Füßen entschieden, von denjenigen, die auf die Straße gegangen sind. Das gilt auch für unseren Betrieb. Hier meldete sich das „Neue Forum“ mit einem anonymen Plakat, was zu einer riesigen Aufregung führte. Dann wurden überall Runde Tische eingerichtet und es gab offene Diskussionen. Da wir immer ein unterprivilegiertes Anhängsel von EKO waren, wollten wir von Anfang an selbständig werden. In diesem Punkt ist gegen unsere Interessen entschieden worden. Das hat zur Folge, daß wir mit EKO verkauft werden oder mit ihr untergehen.

Wie reagiert die Belegschaft auf diese Entwicklung?

Brunnert: Die Kollegen sind sehr frustriert. Sie fragen, wer denn eigentlich das Sagen hat, die EKO-Stahl AG, die sich an uns klammert, oder die Treuhandan-

stalt, die keine Entscheidung trifft. Im Verbund mit der EKO-Stahl AG - so ist die Meinung der Kollegen - ist unsere Überlebenschance jedenfalls gering.

Liegt es an den Strukturen, insbesondere bei der Treuhand, daß keine Entscheidungen fallen?

Hellenbach: Das kann man sehr schwer beantworten. Wir haben als Betriebsräte keinen Einblick in die Hierarchie der Treuhand. Wir wissen, daß zum Beispiel der Aufsichtsratsvorsitzende der EKO-Stahl AG gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender im Verwaltungsrat der Treuhand ist. Aber die Einzelheiten sind nicht durchsichtig. Jedenfalls gibt es um unseren Betrieb ein unerträgliches Hin- und Hergeschiebe.

Hat das dazu geführt, daß viele sagen, daß es vorher, zu DDR-Zeiten, eigentlich besser gewesen sei?

Mroß: Das würde ich sagen. Die soziale Unsicherheit, die persönlichen Probleme etwa mit der Kurzarbeit, das alles führt zu Perspektivlosigkeit.

Brunnert: In der Belegschaft wird die Enttäuschung von Tag zu Tag größer. Das ist verständlich, denn in der damaligen DDR war die Auftragslage für unser Unternehmen stets gesichert. Wir haben damals teilweise in drei durchgängigen Schichten produziert. Heute ist die Auftragslage aufgrund der marktwirtschaftlichen Situation auf ein Drittel reduziert worden. Zwei Drittel der Arbeitnehmer werden im Klartext zur Zeit nicht mehr gebraucht, sind in Kurzarbeit und in Kurzarbeit Null. Das bedeutet letztendlich nicht nur die psychologische Erkenntnis: Ich werde nicht mehr gebraucht. Mit der Kurzarbeit reduziert sich auch das Arbeitseinkommen beträchtlich. Und angesichts der geschilderten Verschleppungstaktik können die Arbeitnehmer ja nur zu dem Schluß kommen, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann das Walzwerk Finow geschlossen wird. Das wäre das Schlimmste, was passieren könnte.

Wie wird denn die bisherige Tarifpolitik beurteilt und wie wird die zukünftige gesehen?

Brunnert: Zur Zeit bekommen die gewerblichen Arbeitnehmer 62 Prozent der entsprechenden Löhne in Nordrhein-Westfalen, die Angestellten bekommen 60 Prozent der Gehälter. Die Zeitschiene sieht die hundertprozentige Angleichung bis 1994 vor. Wir befinden uns gegenwärtig in der Etappe der Eingliederung in diese prozentual anzuleichenden Löhne und Gehälter - auch hier gibt es Probleme, weil viele Dinge nicht exakt vorbereitet und durchgeführt wurden, so daß das die negative Stimmung verstärkt.

Welche Unklarheiten gibt es denn?

Mroß: Mit der neuen Tarif Struktur ist die frühere Lohnhöhe ja in etwa erhalten geblieben. Das hat nicht dazu geführt, daß die Arbeiter mehr Geldmittel zur Verfügung haben als vorher. Hinzu kommt, daß es riesige Probleme gab, diese

Tarifstruktur gegenüber der Geschäftsführung durchzusetzen. So wurde versucht, mit neuen Strukturen Lohngruppen zu drücken. Da wir Kurzarbeit haben und wenig Aufträge, ist es kein Kunststück nachzuweisen, daß jemand nur weniger anspruchsvolle Arbeit leisten kann, obwohl er viel höher qualifiziert ist. Es sieht so aus, als hätte die Geschäftsführung das Betriebsverfassungsgesetz noch nie gelesen. Wir haben uns sogar gezwungen gesehen, einen Brief an die Treuhand zu schreiben, weil wir mitbestimmungsmäßig übergangen wurden. Natürlich könnten wir in jedem Fall zum Gericht gehen, aber die Gerichte kommen gerade erst ans Laufen. Die Struktur bringt etwa den Meistern im Betrieb einen Einkommensverlust von 500 bis 600 DM. Inzwischen sind die Mieten erhöht worden- teilweise um 400 Prozent. Das muß nicht immer viel sein: Wenn jemand bisher 40 DM zahlte und nun 200 DM bezahlen muß, dann ist das für die alten Bundesländer kein nennenswerter Betrag. Aber er geht von meinem Einkommen ab. Hinzu kommen Auto-steuern, Versicherungen, Elektrizität, Heizmaterial. Ich hatte zum Beispiel bisher etwa 100 DM Heizungskosten jährlich für meine Wohnung. Jetzt muß ich das Vier- oder Fünffache bezahlen, und so summiert sich alles. Auf den einzelnen sind riesige Kosten zugekommen. Viele wissen nicht, wie sie klar-kommen sollen. Zur Zeit macht sich Frustration breit. Das Hurra-Schreien, das unmittelbar nach der Wende da war, ist leiser geworden.

Hellenbach: Andererseits möchte sicher niemand die Entwicklung zurück-drehen. Viele haben eben auch unvorsichtigerweise riesige Kredite auf-genommen oder sich ein großes Auto gekauft. Das waren unüberlegte Reak-tionen, aus denen sich nun Konsequenzen ergeben, die viele nicht vorbedacht haben. Auch deshalb ist mancher enttäuscht, aber ich glaube nicht, daß sie in die Zeit vor der Wende zurück wollen.

Mroß: Das wohl nicht. Aber viele vergleichen eben die alten Unzulänglich-keiten mit den neuen und kommen zu dem Ergebnis, daß dieselben Macht-mechanismen wirken wie früher. Das ist es, was frustriert. Es waren ja nur ein paar Tausend Menschen, die die Wende wirklich hervorgerufen haben. Es bedurfte nur eines Nadelstiches, um den aufgeblähten Ballon des Staatsappa-rates zum Platzen zu bringen. Nun fehlt es an einer praktikablen Alternative.

Wohin führt denn diese allgemeine Unzufriedenheit?

Brunnert: Enttäuschung macht sich überwiegend bei den über Vierzigjährigen breit. Die Jüngeren sind vielfach lockerer, aber ein erfahrener Facharbeiter um die 40 wägt die Risiken ganz anders ab. Diejenigen, die älter als 40 sind, haben auf dem Arbeitsmarkt keine Chance und sind auch nur schwer für andere Aufgaben zu qualifizieren. Die Enttäuschung ist auch deshalb beson-ders groß, weil diese Generation den Grundstein gelegt hat für die Entwick-lung der Unternehmen. Es ist bitter, wenn man dann erkennen muß, daß man unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht mehr gebraucht wird. Sorge und Enttäuschung werden in diesen Altersbereichen von Tag zu Tag größer.

Steckt darin die Gefahr einer politischen Radikalisierung?

Mroß: Das ist schwierig zu sagen. Ich habe mich seit jeher bemüht, etwas über die Befindlichkeit der Menschen zu erfahren. Es gibt hier manch einen, der, schon vor der Wende, viel über politische Zusammenhänge nachgedacht hat. Ich habe vor einiger Zeit einen Lehrgang für Fotografie in Halle mitgemacht. Die Lehrer, die ich dort kennengelernt habe, hatten die Wende im Grunde schon vollzogen. Die hatten erkannt, daß es so nicht weitergehen konnte.

Auch heute, nach der Wende, denken viele Menschen nach und erkennen, daß sich viele politische Strukturen gar nicht so sehr geändert haben. Aber deswegen würde ich noch keine allgemeine politische Radikalisierung vorher-sagen, wie wir sie jetzt etwa bei den Neonazis gegenüber den Ausländern erleben. Diese Gruppen haben in der Bevölkerung meines Erachtens kaum Rückhalt. Sicher wird der eine oder andere daran denken, die Kalaschnikow herauszuholen, wenn nichts anderes hilft. Bei den meisten überwiegt die Angst. Wohin das Ganze geht, weiß ich nicht.

Also keine Radikalisierung, sondern Resignation?

Mroß: Ich glaube, daß die Leute den Kopf in den Sand stecken, daß sie sich noch häufiger in ihrer Kleingärten verziehen. Das Problem ist, daß sie nicht wissen, ob sie den Kleingarten behalten, weil zum Beispiel irgendjemand das Grundstück beansprucht. Selbst die Nischen sind unsicher geworden.

Brunnert: Kritisch wird es zum Jahresende 1991 werden, wenn die vorgese-henen Entlassungen in den Unternehmen vollzogen sein werden. Wie sich Fru-stration, Wut und Aggressivität Luft machen werden, kann zur Zeit niemand vorhersagen. Keine Lösung der Probleme zwingt die Leute ja dazu - ich sage das mal so -, zur Tat zu schreiten oder zur Waffe zu greifen. Man muß das noch einmal deutlich sagen: Die ehemaligen DDR-Bürger sind es nicht gewohnt, plötzlich nicht mehr gebraucht zu werden. Während viele Bürger in den alten Bundesländern hin und wieder mit wechselnden Phasen von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung konfrontiert waren, ist das auf uns wie ein Hammer nieder-gesaut.

Werden solche Entwicklungen von kompetenten westlichen Gesprächspart-nern eigentlich hinreichend erkannt?

Mroß: Diejenigen, die hierher kommen, sind überdurchschnittlich interes-siert. Das ist wahrscheinlich nicht der Normalfall. Was die Politiker angeht, wiederholt sich einiges. Wir hatten früher die „optimistischste Gesellschafts-ordnung“ - den Sozialismus. Bei jeder Ansprache wurde betont, der Sozia-lismus sei das Größte, der Optimismus die dazu passende Lebensform. Ähn-liches hört man jetzt wieder über Fernsehen und Radio: Gehen die Arbeits-losenzahlen auch nur leicht zurück, wird sofort ein großes Hurra-Geschrei angestimmt. Das kennen wir alles schon. Wir haben schon mal erlebt, daß Poli-tiker uns vorgemacht haben, was wir glauben sollen.

Hellenbach: Es gibt Westdeutsche, die hier im Osten wohl den großen Sprung nach oben machen wollen. Die meinen, sie müßten uns die Grundbegriffe der Arbeit beibringen. Da entsteht natürlich sofort Antipathie. Und wo Konfrontation ist, kann kein Zusammenwirken entstehen. Es kann sich nur da bilden, wo man aufeinander zugeht.

Die Bürger der ehemaligen DDR sind nicht so beweglich, letztendlich ist ihnen 40 Jahre lang alles abgenommen worden. Sie tun sich schwer mit den vielen Anträgen und damit, daß sie für alles selbst sorgen müssen. Sie sind mit diesem Hin und Her so beschäftigt, daß auch die, die noch Arbeit haben, in ihrer Freizeit völlig ausgelastet sind. Bekanntenkreise und Freundschaften zerfallen, weil das Sozialverhalten ganz anders wird. Die Solidarität innerhalb der Kollegenschaft, die vorher aufgrund des Unterdrückungssystems ausgeprägt war, schwindet. Früher hatte man einen Personenkreis, mit dem man sich völlig offen unterhalten konnte. Plötzlich stellt man fest, daß man das nicht mehr kann, und daß man gar nicht mehr weiß, was man wem erzählen darf.

Einen historischen Vorgang wie die deutsche Einigung hat es noch nicht gegeben. Es sind zwei Gesellschaften zusammengefügt worden, die sich 40 Jahre lang ganz unterschiedlich entwickelt haben. Muß man nicht-jenseits all der „kleinlichen“ Probleme, die wir jetzt besprochen haben - daran arbeiten, daß diese einmalige Chance genutzt wird?

Hellenbach: Das ist schwer. Ich selbst bin optimistisch, aber wie soll ich diesen Optimismus jemandem übertragen, dessen objektive Situation momentan zum Verzweifeln ist? Hinzu kommt, daß man meist gar keine praktischen Ratschläge geben kann.

Mroß: Es gibt nach wie vor riesige Unterschiede zwischen den Bürgern aus der alten Bundesrepublik und denen der ehemaligen DDR. Ich war vor einiger Zeit in der CSFR, als wir schon die DM hatten. Mit der DM konnten wir leben wie die Made im Speck. Ich habe mich manchmal geschämt, wie wir mit dem Geld umgehen konnten, weil ich ja wußte, wie es uns gegangen war, bevor wir Westgeld hatten: Wir haben uns die Schaufenster nur angeschaut, kaufen konnten wir nicht. Jetzt als glückliche Bundesbürger können wir es. Die osteuropäischen Länder haben die gleichen Probleme, wie wir sie hatten. Das sieht der normale Bundesbürger nicht. Er fährt nach Spanien, in die Türkei und freut sich, daß er da ein paar Pfennige billiger wegkommt. Das ist alles ganz selbstverständlich und normal. Viele glauben das hier inzwischen auch schon. Damit sind die Probleme des Zusammenlebens allerdings nicht gelöst.

Hellenbach: Gelöst werden können sie eigentlich nur im Gespräch.

Wollen denn alle Beteiligten dieses Gespräch führen?

Mroß: Während einer Gewerkschaftsschulung bin ich mit Westdeutschen ins Gespräch gekommen. Die Frage war: Wie fühlt ihr euch denn nun? Jetzt könnt

ihr doch endlich frei reden, könnt diskutieren und es steht keiner hinter euch von der Stasi. Ich muß sagen, wir konnten auch früher schon reden. Wir haben zum Beispiel mit Schriftstellern Probleme offen angeschnitten, und durch die Blume haben wir vieles dann auch öffentlich gesagt. Wir haben durchaus diskutiert. Der gleiche Mann, der mir diese Fragen gestellt hat, muß womöglich vor seinem Meister katzbuckeln. Wenn ich sehe, welchen Respekt Westdeutsche vor ihren Vorgesetzten haben, kann ich nur staunen. Das gab es hier nie, hier brauchte man vor niemandem Angst haben, hier hatte man einen sicheren Arbeitsplatz. Schranken gab es nicht, man hat auch mit dem Betriebschef geredet. Jetzt werden die neuen Strukturen mit Gewalt durchgesetzt.

Hat sich also die Position der Arbeiter gegenüber dem System der DDR verschlechtert?

Mroß: Wenn man es am Geld mißt, hat sie sich jedenfalls nicht verbessert. Früher mußten Haftentlassene im Betrieb eingestellt werden. Das waren meistens Leute, die nicht sehr arbeitswillig waren, mit denen es Probleme gab. Aber der Betrieb hatte die Auflage, sie zu beschäftigen, und jeder Meister mußte sich mit ihnen ebenso auseinandersetzen wie die Kollegen im Kollektiv. Das war für den einzelnen nicht bequem, alle haben geschimpft. Aber diese Leute sind nicht aufgefallen, sie haben nicht unter Brücken gelegen, nicht geklaut, nicht randaliert, sie waren irgendwie in der Gesellschaft drin.

Ist denn das Bedürfnis nach Gesprächen und Informationen bei den Ostdeutschen ausgeprägter?

Hellenbach: Das glaube ich. Vielleicht ist das deshalb so, weil die Mentalität eine andere ist. Man hat sich hier immer häufig über die Arbeit unterhalten, über alle Dinge, die damit verbunden sind - nicht nur innerhalb des Kollegenkreises, sondern auch innerhalb des Bekanntenkreises und der Verwandtschaft. Meine Erfahrungen gehen dahin, daß viele Themen, die bei uns nicht tabu waren, zum Beispiel Löhne und Gehälter, arbeitsrechtliche Angelegenheiten, in Gesprächen mit Westdeutschen verpönt sind. Auch habe ich das Gefühl, daß private Angelegenheiten im Kollegenkreis nie so offen diskutiert oder durchgesprochen werden, wie es hier üblich war. Das hat sicherlich mit dem Solidargedanken zu tun und damit, daß man eben doch ein Zusammengehörigkeitsgefühl hatte, was in den alten Bundesländern nicht so ausgeprägt ist. Da macht man seine Arbeit und dann geht man nach Hause und hat seine Familie. Ich habe immer das Gefühl, daß man vorsichtig ist, sich privat zu äußern, weil man nicht weiß, wozu das führen könnte. Der tägliche Kampf um den Arbeitsplatz hat hier ja erst begonnen.

Außerdem ist es so, daß wir viel mehr Informationen zum praktischen Alltag brauchen, die jeder Westdeutsche längst kennt. Deshalb ist die Gesprächsbereitschaft von unserer Seite größer.

Die Ausländerfeindlichkeit macht sich immer breiter, Hoyerswerda war ein

trauriger Höhepunkt. Gibt es in der ehemaligen DDR eine latente Feindlichkeit, die auch dadurch genährt worden ist, daß in den 40 Jahren DDR die „Völkerfreundschaft“ von oben verordnet wurde?

Mroß: Ich glaube das nicht. Wir haben guten Kontakt zu Polen. Mit Ungarn haben wir Freundschaften geknüpft, die bis heute gehalten haben. Die ersten Vietnamesen, die hierher kamen, waren sehr kontaktfreudig. Es gab viele Kontakte zu den Familien. Das war ziemlich verbreitet. Mit den Mosambikern gab es kaum Berührungspunkte, die waren von der Mentalität her anders, eben andere Menschen.

Hellenbach: Vielen von denen, die sich feindlich gegen Fremde verhalten, fehlt das politische Grundwissen. Die lassen einfach nur ihren Frust ab und sehen sich durch den Erfolg in den Medien bestätigt. Vor allem Jugendliche neigen dazu, ihren Frust und ihre Wut an den Schwächsten auszulassen, und das sind zur Zeit die Ausländer.